

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50

Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 11. November 2016

Landesausländerbeirat kritisiert Nicht-Einladung zur 7.Sitzung der Enquete-kommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“

Die Stimme der Migrant*innen ist zu Erziehung und Bildung unerwünscht!

Der Landesausländerbeirat hat sich entsetzt und enttäuscht darüber gezeigt, zur 7.Sitzung der Enquetekommission Verfassungskonvent nicht eingeladen worden zu sein. Dies lasse jeglichen Integrationsgedanken außer Acht.

Der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, Enis Gülegen, erklärte dazu „leider ist eine ständige Beteiligung der agah im Beratungsgremium Zivilgesellschaft des Verfassungskonvent nicht vorgesehen worden. Eine nachträgliche Einberufung war nicht möglich. Diese Haltung ist starr und unmodern“.

Aber auch eine themenbezogene Einladung habe nun nicht stattgefunden, obwohl jetzt der Verfassungsabschnitt betreffend Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie Erziehung und Bildung zur Beratung ansteht.

"Diese Themen berühren maßgeblich auch die Migrantinnen und Migranten in Hessen. Sie sind Teil der hessischen Bevölkerung und unterliegen den Regeln der Hessischen Verfassung“ sagte Gülegen heute in Wiesbaden. Die Meinung und die Wünsche der Menschen mit Migrationshintergrund sollten deshalb berücksichtigt werden und die Kompetenz der Mitgliedsbeiräte der agah unmittelbar in die Beratungen des Verfassungskonvents einfließen können.

Gülegen: „Nur eine Debatte auf Augenhöhe, bei der die Betroffenen auch gehört werden, bringt uns voran. Die Möglichkeit einer schriftlichen Beteiligung steht dem nicht gleich“.

Die Verantwortlichen müssen in ihren Bemühungen um umfassende Beteiligung und um Integration glaubwürdig bleiben. "Über die Migrantinnen und Migranten hinwegzusehen oder sie nicht zu hören, ist ein falsches Signal. Dadurch wird Integration nicht gefördert, sondern erschwert“ mahnte Gülegen.